



Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Online-Newsletter Soziale Lage und Gesundheit

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute erhalten Sie die **18. Ausgabe** des Newsletters „Soziale Lage und Gesundheit“ der Niedersächsischen Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit. Dieser Newsletter erscheint in loser Reihenfolge mit Informationen zu Veranstaltungen, Studien, Projekten, Berichten und weiteren Publikationen.

Falls Sie auf eigene Veranstaltungen, Medien oder ähnliches aufmerksam machen möchten, können Sie mir gerne Informationen zukommen lassen.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten, melden Sie sich bitte unter sandra.exner@gesundheit-nds.de und ebenso, falls Sie nicht im Verteiler sind und gerne aufgenommen werden möchten.

Wir wünschen Ihnen besinnliche Weihnachten und einen guten Start in das neue Jahr.
Ihre Niedersächsische Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit
Landesvereinigung für Gesundheit & Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. (LVG & AFS)

Aktuelles aus der LVG & AFS

Bestandsaufnahmen von Interventionen zur Prävention und Gesundheitsförderung bei Menschen mit Behinderung und bei Menschen mit Migrationshintergrund

Aufgrund mangelnder Daten zur Gesundheitsförderung und Prävention von Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen erstellt die LVG & AFS im Auftrag der BZgA zwei separate Bestandsaufnahmen zu „Good-Practice-Beispielen“ der Prävention und Gesundheitsförderung bei diesen beiden Adressatengruppen. Sofern Ihnen im Rahmen Ihrer Arbeit gute Projekte, Programme oder Netzwerke bekannt sind, freuen wir uns über Hinweise. Für weitere Informationen stehen Ihnen Theresa Vanheiden (theresa.vanheiden@gesundheit-nds.de) und Marcus Wächter-Raquet (marcus.waechter@gesundheit-nds.de) zur Verfügung.

Positive Zwischenbilanz zu den „Gesundheitsregionen Niedersachsen“ – 34 Landkreise und kreisfreie Städte sind bereits dabei

Mittlerweile beteiligen sich 34 Landkreise und kreisfreie Städte an den „Gesundheitsregionen Niedersachsen“, die die Landesregierung als landesweites Projekt etabliert hat. Vertreter*innen dieser Regionen zogen bei einer Konferenz in Hannover positive Zwischenbilanz. Den Aufbau und Umsetzungsprozess der Gesundheitsregionen wird durch die LVG & AFS begleitet. ([Weiterlesen...](#))

Veranstaltungen

Terminsache!

1 Jahr Bündnis „Niedersachsen packt an“

15. Dezember 2016, Hannover

Hinter dem Bündnis „Niedersachsen packt an“ liegt ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr. Und die Arbeit des Bündnisses geht weiter. Denn viele Geflüchtete werden mehrere Jahre oder vielleicht für immer in Niedersachsen bleiben. Das Ziel ist es, die Geflüchteten erfolgreich in Niedersachsen zu

integrieren und ihnen eine Chance auf einen Neuanfang zu geben. Im Rahmen der Veranstaltung wird ein Rück- und Ausblick gegeben. ([Weiterlesen...](#))

Wir können auch anders... und machen es auch! Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Eltern in Gesundheitsförderung, Stadtteilarbeit, Kitas, Schulen und mehr...

1. März 2017, Hannover

Die UN-Kinderrechtskonvention formuliert Schutz, Förderung und Beteiligung als zentrale Rechte für Kinder und Jugendliche. Dennoch will eine lebendige, dialogische und streitbare Kultur der Partizipation noch nicht überall gelingen. Die Veranstaltungsreihe „Wir können auch anders...“ will hier vermitteln. Sie bietet einen Überblick über den Stand von Forschung und Praxis in der Partizipation von Kindern, Jugendlichen und Familien, will die Kompetenzen und Ressourcen anderer Disziplinen, Ressorts und Fachbereiche jeweils nutzbar machen. Sie schafft eine Plattform für die Wissenschaft, stellt gelungene Praxismodelle vor und bringt Fachkräfte ins Gespräch. ([Weiterlesen...](#))

Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit 2017

15. März 2017, Berlin

Kommunen sind bunt und vielfältig! Als übergeordnete Lebenswelt bilden sie ein Dach, unter dem sich Menschen mit den verschiedensten Lebenseinstellungen, Herkünften, Wünschen und Beziehungen tummeln. Vor diesem Hintergrund steht die Veranstaltung unter dem Motto „Gute Gesunde Kommunen für alle! Gesundheitsförderung mit Geflüchteten und Migrant/-innen“ und fokussiert schwerpunktmäßig die Gesundheitsförderung und Prävention bei Geflüchteten in Kommunen. In den Blick genommen werden dabei auch aktuelle Herausforderungen im Bereich der kultursensiblen Gesundheitsförderung allgemein. ([Weiterlesen...](#))

Kongress Armut und Gesundheit 2017

16.-17. März 2017, Berlin

Unter dem Motto „Gesundheit solidarisch gestalten“ wird der kommende Kongress an der Technischen Universität Berlin stattfinden, gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Public Health und der TU Berlin und vielen weiteren Partner*innen. Interessierte aus Praxis, Politik und Wissenschaft sind herzlich eingeladen, miteinander in den Dialog zu treten und sich untereinander zu vernetzen. ([Weiterlesen...](#))

Kooperationsverbund Gesundheitliche Chancengleichheit

Gesundheitsförderung bei Geflüchteten

Welche besonderen Herausforderungen an die Gesundheitsförderung und Prävention mit Geflüchteten gibt es? Wie können die Belange von Geflüchteten im Rahmen bestehender Präventionsketten aufgegriffen werden? In dem Themenblatt des Kooperationsverbundes Gesundheitliche Chancengleichheit werden zunächst die Ausgangslage und bestehende Zugangshürden zum Gesundheitssystem erläutert. Im Anschluss daran wird anhand von Beispielen aufgezeigt, wie bereits bestehende Projekte für die Gruppe geflüchteter Menschen geöffnet werden können (Seite 2, Flensburg) und wie eine Präventionskette für Geflüchtete aussehen kann (Seite 3, Salzgitter). Auf Seite 4 stehen die Belange geflüchteter Kinder und Jugendlicher im Rahmen integrierter kommunaler Strategien im Vordergrund. ([Weiterlesen...](#))

Politik

VdK: Eine grundlegende Rentenreform ist nötig

„Die Situation ist seit Jahren dieselbe. Trotz der jährlichen Rentenerhöhungen greift die Altersarmut weiter um sich, die Zahl der Grundsicherungsbezieher steigt und wird wohl weiter steigen. Viele Rentner und vor allem Rentnerinnen leben zudem schon heute nur knapp über der Armutsgrenze. Neben den Rentenanpassungen ist deshalb eine grundlegende Rentenreform notwendig, damit wieder mehr Menschen mit Sicherheit und Zuversicht auf ihr Alter blicken können. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, muss sich darauf verlassen können, im Alter nicht jeden Cent umdrehen zu müssen“, betont VdK-Präsidentin Ulrike Mascher. ([Weiterlesen...](#))

Kinder und Jugendliche stärker an politischen Entscheidungen beteiligen

Kinder und Jugendliche wollen politische Prozesse mitgestalten – und sie haben ein Recht darauf. Dies gilt auch für die Entwicklungszusammenarbeit: Wer Kinder und Jugendliche an der Formulierung

deutscher Entwicklungspolitik und an Projekten mit Partnerländern beteiligt, stärkt junge Menschen hier wie dort in ihrer Rolle als Akteure für nachhaltige Entwicklung. Wie die Beteiligung gelingen kann, macht das Deutsche Institut für Menschenrechte in einer anlässlich des Internationalen Tags der Kinderrechte am 20. November veröffentlichten Analyse zum Thema „Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ein Beispiel aus der entwicklungspolitischen Praxis“ deutlich. ([Weiterlesen...](#))

Aus niedersächsischen Regionen

Neue Plattform für Gemeinwesenprojekte in Niedersachsen

Die neu geschaffene Plattform zeigt die Vielfalt an Ideen und Projekten sowie das große Engagement von Bewohner*innen und Fachkräften in der Gemeinwesenarbeit und Quartiersmanagement in Niedersachsen. Ziel ist, Haupt- und Ehrenamtliche besser zu vernetzen, die Projekte weiterzuentwickeln und gute Ideen landesweit auszutauschen. ([Weiterlesen...](#))

Zentrale Frühe Hilfen – Modellprojekt an drei Standorten in Niedersachsen gestartet

In den Landkreisen Northeim, in Verden und in der Stadt Wilhelmshaven wurden in Zusammenarbeit mit der Landesregierung „Zentrale Frühe Hilfen“ eingerichtet, die die erforderlichen Hilfen für Mütter und Familien mit Kleinkindern koordinieren sollen. Einfache Behandlungen werden direkt vom Fachpersonal ausgeführt. Das Vorhaben verläuft zunächst modellhaft über einen Zeitraum von drei Jahren. ([Weiterlesen...](#))

Aus der EU

Poverty, gender and intersecting Inequalities in the EU: Report

Frauen in der EU tragen weiterhin ein höheres Armutsrisiko als Männer. Der Bericht in englischer Sprache liefert einen Überblick über verschiedenste Zusammenhänge in diesem Kontext, wie beispielsweise die Wege in die und aus der Armut, Zusammenhänge zwischen Armut, Gender und Altersphasen oder Haushaltszusammensetzungen. Auch der Aspekt Armut, Gender und Behinderung wird betrachtet. ([Weiterlesen...](#))

Berichte und Studien

Bundesinitiative Frühe Hilfen – Bericht 2016

Der vorliegende Bericht des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen stellt die Essenz der bislang gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen (Stand Dezember 2015) zur Umsetzung der Bundesinitiative Frühe Hilfen dar. Er zeigt Erfolge auf, verweist aber auch auf zukünftige fachliche Entwicklungsbedarfe. ([Weiterlesen...](#))

Kita-Qualität in Deutschland – Was wünschen sich Eltern

In der deutschlandweiten Elternbefragung der Bertelsmann Stiftung wurden Eltern gefragt, wie sie die vorhandenen Angebote und Entwicklungsbedarfe der Kindertagesbetreuung in Deutschland einschätzen. Das Facht-Sheet „Kita-Qualität in Deutschland – Was wünschen sich Eltern“ liefert ausgewählte Ergebnisse dieser Umfrage. ([Weiterlesen...](#))

Ganztagsbetreuung und Hort erhöhen die Erwerbsbeteiligung von Müttern

Eine verlässliche Betreuung der Grundschul Kinder erhöht nach Erkenntnissen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW) die Erwerbstätigkeit von Müttern zwar um mehr als 10 Prozent, doch auch in der Grundschulzeit bleibt die Kinderbetreuung eine Herausforderung. Neben den Ergebnissen der Studie und speziell zur Betreuungsproblematik in der Ganztagschule veröffentlicht das DIW auch zusammenfassende Interviews. ([Weiterlesen...](#))

Studie: „Die Vereinbarkeitsfrage für Männer: Welche Auswirkungen haben Elternzeiten und Teilzeitarbeit auf die Stundenlöhne von Vätern?“

Wenn Väter Elternzeit nehmen, wirkt sich das nicht negativ auf die Entwicklung ihrer Löhne aus. Wählen Väter dagegen Teilzeit, um Beruf und Familie besser zu verbinden und mehr Zeit für ihre Kinder zu haben, müssen sie mit Lohneinbußen und Karrierenachteilen rechnen. ([Weiterlesen...](#))

Ergebnisse der Evaluierung des Thüringer Maßnahmenplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Seit 2009 sind in Deutschland zahlreiche Aktions- und Maßnahmenpläne zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft gesetzt worden. Das Deutsche Institut für Menschenrechte veröffentlicht die Ergebnisse der Evaluierung des „Thüringer Maßnahmenplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ und spricht konkrete Empfehlungen für den Fortschreibungsprozess aus, insbesondere für die Ausgestaltung des neuen Aktionsplans und die damit verbundenen Prozesse. ([Weiterlesen...](#))

Siebter Altenbericht: Wissenschaftler*innen warnen vor wachsender Ungleichheit

Welche Möglichkeiten Menschen im Alter noch haben, hängt davon ab, wie fit und wie abgesichert sie sind – und wo sie leben, sagt der neue Altenbericht. Die Wissenschaftler*innen warnen vor wachsender Ungleichheit und fordern lokale Lösungen.

([Weiterlesen...](#)) ([Link zum Siebten Altenbericht](#))

Können sich Senior*innen die eigene Pflege leisten?

In Deutschland gibt es deutliche regionale Unterschiede, wie viel stationäre Altenpflege kostet. In fast der Hälfte der Kreise und kreisfreien Städte reicht das durchschnittliche Einkommen der Senioren nicht für die professionelle stationäre Pflege. Das zeigt eine aktuelle Analyse der deutschen Pflege Landschaft der Bertelsmann Stiftung. ([Weiterlesen...](#))

Eine Softdrinksteuer zur fiskalischen Konsumsteuerung

Am 11. Oktober, dem sogenannten „Welt-Adipositas-Tag“, hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) einen Bericht vorgestellt, in dem sie eine 20-prozentige Steuer auf zuckergesüßte Getränke empfiehlt ([WHO 2016](#)). Zuletzt hat Großbritannien die Einführung einer solchen Abgabe im Haushalt 2016 beschlossen und erwartet, nebst Einnahmen von 520 Millionen Pfund im ersten Jahr, einen deutlichen Rückgang des Übergewichts ([HM Treasury 2016](#)). Ob eine solche fiskalische Konsumsteuerung tatsächlich zu einer gesünderen Ernährung führt, hängt von mehreren Faktoren ab. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung e. V. fasst den aktuellen Forschungsstand zusammen. ([Weiterlesen...](#))

Menschen mit Migrationshintergrund zahlen mehr Miete

Durchschnittlich elf Euro mehr Miete zahlten im Jahr 2013 in Deutschland Menschen mit einem Migrationshintergrund. Eine Studie des DIW untersucht diese Zusammenhänge vor dem Hintergrund des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. ([Weiterlesen...](#))

Publikationen

Das Recht aller Menschen auf eine selbstbestimmte Sexualität – pro familia Position zu sexueller Vielfalt

Zur sexuellen Vielfalt zählen wir einerseits sexuelle Orientierungen (Homo-, Bi-, und Heterosexualität) und andererseits unterschiedliche Formen von Geschlechtsidentitäten (Trans*, Inter*, Cis). pro familia begegnet sexueller Vielfalt grundsätzlich respektvoll und akzeptierend. Sexualität in ihrer Vielfalt darf jedoch nur unter der Einhaltung der Grenzen und Rechte der Anderen verwirklicht werden. Das Überschreiten der Rechte anderer kann nicht toleriert werden. pro familia bezieht klar Stellung gegen jede Form sexualisierter Gewalt und des Machtmissbrauchs in Beziehungen und Institutionen.

([Weiterlesen...](#))

Religionsbezogene Gewalt in Flüchtlingsunterkünften Standards etablieren und Gewaltschutzkonzepte erweitern

Nach Deutschland geflüchtete Menschen sind bisweilen in ihren Unterkünften mit verschiedenen Formen von Gewalt konfrontiert – etwa Gewalt gegen Frauen, Kinder, Schwule, Lesben und transgeschlechtliche Menschen, aber auch religionsbezogene Gewalt. Vielfach fehlt es an etablierten Verfahren und Handlungssicherheit bei den Einrichtungen und Behörden, um den Schutz Betroffener vor Gewalt zu gewährleisten. Daher sollten Standards und Verfahren für Gewaltschutz in den Einrichtungen etabliert, existierende Gewaltschutzkonzepte auf die von religionsbezogener Gewalt Betroffenen erweitert und für alle Einrichtungen verpflichtend gemacht werden. ([Weiterlesen...](#))

„Ein-Euro-Jobs“ – Die Arbeitsgelegenheiten des SGB II

Die „Arbeitsgelegenheit mit Mehraufwandsentschädigung“ – „Ein-Euro-Job“ genannt – war die am häufigsten genutzte zugleich auch umstrittenste arbeitsmarktpolitische Maßnahme des SGB II. Sie

stand für das Prinzip des „Förderns und Forderns“: Einerseits soll sie Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II sozial stabilisieren und auch dadurch ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern, andererseits die Arbeitsbereitschaft überprüfen. Die Infoplattform bietet einen Überblick zu Zielen, Bewertungen, Nutzung und Wirkungen der Ein-Euro-Jobs. ([Weiterlesen...](#))

Medien

Kartenspiel „Wie geht´s“ – 96 gemischte Gefühle von ausgeglichen bis zornig

Das Kartenspiel der Bundeszentrale für politische Bildung bietet Stoff für Diskussionen. Ziel der Spielidee ist Gefühlsausdrücke einzuschätzen und zu benennen. Es ist für die Gewaltprävention gedacht, aber auch für die Sprachförderung im Integrationsunterricht geeignet. ([Weiterlesen...](#))

Preise, Wettbewerbe, Fördermittel, Ausschreibungen

Carola Gold-Preis

Der Carola Gold-Preis für gesundheitliche Chancengleichheit schafft mehr öffentliche Aufmerksamkeit für die Belange von Menschen in schwieriger sozialer Lage. Personen, die sich in herausragender Weise für mehr gesundheitliche Chancengleichheit einsetzen, sollen damit geehrt werden.

([Weiterlesen...](#))

Bildungsmaßnahmen für geflüchtete junge Erwachsene bis einschließlich 26 Jahre: Frauen iD

Das Paritätische Bildungswerk fördert als Verband unter dem Titel „Frauen iD“ Bündnisse für Bildung, die kulturelle Projekte für geflüchtete junge Frauen zwischen 18 und 26 Jahren durchführen. Ziel ist es, das Selbstwertgefühl und die Selbstlernkompetenzen der geflüchteten Frauen „in Deutschland“ („iD“) durch kulturelle Bildungsangebote zu fördern. Gefördert werden Kulturangebote aus allen Sparten wie Malerei, Theater, Musik, Tanz und angewandte Kunst. ([Weiterlesen...](#))

Zuwendungen für Modellprojekte zum Thema Flucht – Migration – Integration

Die Bundeszentrale für politische Bildung fördert Modellprojekte zum Thema Flucht – Migration – Integration und legt im nächsten Jahr den Fokus der Förderung auf konkrete Maßnahmen der Integration mit Summen zwischen 20.000 und 50.000 Euro. Der Förderzeitraum muss mindestens sechs Monate umfassen und zwischen dem 1. März 2017– 31. Dezember 2017 liegen. Antragsfrist ist der 27. Januar 2017. ([Weiterlesen...](#))

IMPRESSUM

Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V.

Geschäftsführer: Thomas Altgeld

Fenskeweg 2

30165 Hannover

Tel.: 0511 / 388 11 89 - 0

Fax: 0511 / 350 55 95

E-Mail: info@gesundheit-nds.net

Internet: www.gesundheit-nds.de

Sollten Sie den Newsletter nicht mehr beziehen wollen, senden Sie einfach eine E-Mail über die "Antworten"-Funktion Ihres E-Mailprogrammes zurück mit dem Betreff: Bitte aus dem Verteiler löschen.

Die Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. verpflichtet sich, sorgfältig mit Ihren Daten umzugehen und diese nicht an Dritte weiterzugeben.